

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pphn d

Inhalt

38. Jahrgang / 55

21. März 1983

Wolfgang Roth MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, fragt, ob Genscher die bisherige Politik gegen die Apartheid verrät: Wende auch gegenüber Afrika. Seite 1

Wolfgang Clement weist nach, wie die Fernsehanstalten der CDU/CSU/FDP im Wahlkampf massive Überlegenheit besorgten: Grobe Verletzung der Chancengleichheit. Seite 3

Horst Haase MdB setzt sich für eine Stärkung des EG-Zentrums Deutschland und Frankreich ein: Gegen das bürokratische Hickhack. Seite 5

Dokumentation

Josef Felder zur Schmach des 23. März 1933: Die bürgerlichen Parteien entmündigen sich selber (Teil I). Seite 6

Wende auch gegenüber Afrika

Verrät Genscher die bisherige Politik gegen die Apartheid?

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Arbeitsgruppe südliches Afrika der SPD-Bundestagsfraktion

Am 21. März 1960 eröffneten südafrikanische Sicherheitskräfte in Sharpeville das Feuer auf eine Menschenmenge, die gegen die Paßgesetze demonstrierten - eine Vorschrift, die jeden schwarzen Südafrikaner zwingt, sich immer und überall ausweisen zu können, und inzwischen dazu geführt hat, daß zwei Drittel aller Schwarzen vorbestraft sind. Damals blieben 69 Demonstranten tot auf der Straße liegen. Der African National Congress (ANC), wichtigste politische Bewegung der Schwarzen, und der Pan African Congress (PAC), wurden verboten und ihrer Führungskräfte beraubt: Nelson Mandela sitzt noch heute, nach 23 Jahren, im Gefängnis. Der ANC beschloß damals, nach mehr als 50jährigen Bemühungen um einen gewaltlosen, friedlichen und demokratischen Wandel, den bewaffneten Widerstand.

Den 21. März 1983 haben die Vereinten Nationen zum Tag gegen die Rassendiskriminierung ausgerufen. Die Lage in und um Südafrika ist inzwischen nicht besser geworden, sondern schlechter:

- Die Rechte der Schwarzen sind weiter geschrumpft. Paß- und Aufenthaltsgesetze sind verschärft, die "Homeland-Politik" hat die Schwarzen zu rechtlosen Fremdarbeitern im eigenen Land gemacht.

Die Südafrikanische Regierung fühlt sich dabei bestärkt, durch den wachsenden konservativen Trend in der internationalen Politik. Konnte sie sich schon ermutigt sehen, durch das von der Reagan-Administration hergestellte Junktim zwischen dem Abzug der Kubaner aus Angola und der Entlassung Namibias in eine international akzeptable Unabhängigkeit,

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verständnis und Hilfe
aus dem Ausland
Bitte unterstützen



daß die Lösung der Namibia-Frage ins Unendliche verschoben hat, und konnte sie sich schon bestätigt sehen, durch den nachlassenden Druck der Regierung Thatcher, so stärkt ihr die sich abzeichnende Wende in der Afrika-Politik der neuen Bundesregierung den Rücken noch mehr.

Die Regierung Kohl/Genscher ist drauf und dran, mit Franz Josef Strauß im Hintergrund wichtige Positionen aufzugeben, die jahrelang zu den Grundprinzipien der Politik sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen gehört haben:

- Mit Sorge ist zu beobachten, daß ihre Mitarbeit an einer Lösung der Namibia-Frage im Rahmen der Vereinten Nationen auf nahezu Null gesunken ist.
- Die Kritik an der Politik Pretorias ist fast völlig verstummt; an ihre Stelle tritt die seit Jahrzehnten wirkungslose Politik der Glacéhandschuhe.
- Die schwarze Opposition ist aus dem Weltbild der Konservativen in Bonn verschwunden oder in die Phalanx der Kommunisten und Terroristen eingereiht worden.
- Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika sollen von lästigen Fesseln befreit und wieder intensiviert werden.
- Wichtige Frontlinienstaaten wie Mozambik und Simbabwe erhalten weniger Unterstützung als von sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen vorgesehen und werden so südafrikanischer Pression noch wehrloser ausgeliefert sein.

Wie in vielen anderen Bereichen ist nun die politische Wende auch in Afrika zu spüren: Weg vom Schwächeren und Benachteiligten, hin zum Stärkeren und Privilegierten. Außenminister Genscher hat, das sollte auch heute nicht verschwiegen werden, in den letzten Jahren viel für eine glaubwürdige Afrika-Politik getan. Es scheint sicher, daß die Kehrtwende, die er vornahm, auch seine Glaubwürdigkeit in der Sache zerstört. Verrät Genscher die bisherige Politik gegen Apartheid für Gleichheit und Selbstbestimmung?
(-/21.3.1983/ks/ca)

+ + +



Grobe Verletzung der Chancengleichheit

Die Fernsehanstalten besorgten der CDU/CSU/FDP massive Überlegenheit

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die beiden Fernsehanstalten haben den konservativen Regierungsblock aus CDU, CSU und FDP im zurückliegenden Wahlkampf im Vergleich zur parlamentarischen Opposition in einer Weise bevorteilt, die den Vorwurf einer groben Verletzung der Chancengleichheit rechtfertigt. Das ist die Quintessenz einer Untersuchung über die Parteienpräsenz im Bundestagswahlkampf 1983 in den Nachrichtensendungen "Heute" (19.00 Uhr) und "Tagesschau" (20.00 Uhr), die das Kölner Institut für Empirische Medienforschung soeben abgeschlossen hat.

Wir denken auch unter dem Eindruck dieser Untersuchung nicht daran, die Schuld für die Wahlniederlage der SPD in den Rundfunkhäusern zu suchen. Aber das kann uns natürlich nicht abhalten, den Nachrichtenmachern von ZDF und ARD eine Bilanz ihrer Arbeit aufzumachen und auf ihren Beitrag an einer gravierenden politisch-publizistischen Wettbewerbsverzerrung hinzuweisen. Diese läßt die wahlkämpferischen Attacken des Herrn Geißler gegen die Fernsehanstalten noch im nachhinein als eine pure Groteske erscheinen.

Eine TV-Bilanz dieser Art ist um so berechtigter, als die beiden Fernsehanstalten eine solche nach dem Wahlkampf 1980 selbst anstellen ließen - übrigens ebenfalls mit dem Mittel der durchaus problematischen "Sekundenzählerei" -, und zwar mit dem Ergebnis, daß seinerzeit die Regierungskoalition aus SPD und FDP auf der einen und die Oppositionsparteien CDU und CSU auf der anderen Seite fast auf die Sekunde genau gleich, also wohl "fair" behandelt wurden. Davon könnte diesmal auch der wohlwollendste Beobachter nicht reden.

Das Kölner Institut hat innerhalb des neunwöchigen Zeitraums vom 3. Januar bis 5. März 1983 gesondert eine detaillierte Zeiterfassung der Parteienpräferenz in "Heute" und "Tagesschau" vorgenommen. Dabei wurden alle Aktivitäten und Verlautbarungen der Parteien systematisch erfaßt und vergleichend gegenübergestellt. Zwischen Regierungstätigkeit und ausschließlich parteibezogener Tätigkeit politischer Amtsinhaber und Funktionsträger sowie zwischen allgemeiner Politik und Wahlkampf wurde dabei - wie in den vergleichbaren Untersuchungen von 1980 - keine Trennung vorgenommen; maßgeblich für die Zuordnung von Aktivitäten und Verlautbarungen war allein die Parteizugehörigkeit, was angesichts der dominanten Wahlkampfsituation in diesen neun Wochen gerechtfertigt ist.

Die Ergebnisse in geraffter Form:

- Von der für die Parteien ermittelten Sendezeit in Wort- und Bildmeldungen sowie in Filmen mit und ohne O-Ton entfielen in "Heute" und "Tagesschau" auf die CDU/CSU 45 Prozent, auf die SPD 29 Prozent, auf die FDP 21 Prozent und auf die Grünen vier Prozent.
- Bei der Verteilung von Filmen mit O-Ton, die für die Beurteilung der Selbstdarstellungschancen der Parteien von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich: CDU/CSU 51 Prozent, SPD 30 Prozent, FDP 19 Prozent und Grüne ein Prozent.
- Auf die Kandidaten Helmut Kohl und Hans-Jochen Vogel entfielen (nach Filmen mit O-Ton) 57 Prozent auf den Bundeskanzler und 43 Prozent auf den SPD-Kanzlerkandidaten.

Insgesamt ergibt sich aus diesen Fakten, daß die Regierungsparteien in den beiden wichtigsten Nachrichtensendungen der Fernsehanstalten mit einer massiven Überlegenheit ausgestattet wurden: Einer parteipolitischen Sendezeit von 29 Prozent für die SPD



standen 66 Prozent Sendezeit für CDU, CSU und FDP gegenüber; bei der "0-Ton-Verteilung" entfielen auf die SPD 30 Prozent und auf die Regierungsparteien sogar 70 Prozent.

In der Gesamtstatistik waren die Unterschiede zwischen ARD-"Tagesschau" und ZDF-"Heute" der Untersuchung zufolge nicht sehr gravierend. Doch ergeben sich einige bemerkenswerte Differenzierungen, die die straffe konservative Steuerung der ZDF-Nachrichtensendung belegen:

- Der SPD-Kanzlerkandidat wurde in der "Tagesschau" sehr viel fairer behandelt als in "Heute": An Filmen mit 0-Ton entfielen auf Helmut Kohl beim ZDF 60 Prozent, auf Hans-Jochen Vogel 40 Prozent, bei der ARD lautete das Verhältnis 53 zu 47 Prozent für Kohl.
- Insbesondere in den letzten drei Wochen vor der Wahl wurde die FDP von der "Heute"-Redaktion geradezu promoviert, die Grünen nahezu völlig unterschlagen. Ein exemplarisches Beispiel war die Woche vom 21. bis zum 27. Februar, in der das ZDF sogar Genschers Zweitstimmen-Appell als Nachrichtenmeldung plazierte, um im Anschluß an die betreffende "Heute"-Sendung den FDP-Wahlspot mit eben diesem Zweitstimmen-Appell auszustrahlen. Eine derartige Verquickung von Nachricht und Werbung hat schon manipulativen Charakter.
- Sogar in der letzten Woche vor der Wahl übertraf die CDU/CSU die SPD an Sendezeit in "Heute" immer noch um 23 Prozent, während Regierung und Opposition zu diesem Zeitpunkt in der "Tagesschau" nahezu gleich hohe Sendeanteile hatten.
- Generell fielen die Schwankungen der Sendezeitverteilung zwischen den einzelnen Parteien in der "Tagesschau" stärker aus als in "Heute": Dies legt den Schluß nahe, daß beim ZDF durchgängig auf eine überlegene Ausstaffierung der Regierungsparteien gegenüber der Opposition hingearbeitet worden ist.

Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß der ZDF-Intendant und die konservative Mehrheit seiner ARD-Kollegen im direkten Zusammenwirken mit den Generalsekretären von CDU, CSU und FDP eine Entkrustung der langweiligen und unjournalistischen Wahldiskussionen in den Rundfunkanstalten verhindert haben. Es gab vor Beginn des Wahlkampfes ein eindeutiges Plädoyer der beteiligten ZDF- und ARD-Journalisten für andere, weniger sterile Sendeformen als die tatsächlich ausgestrahlten "Hearings" und Kandidatendiskussionen, wobei die Grünen, was die Runde der Spitzenkandidaten angeht, noch in besonderer Weise ausgetrickst wurden. Alle Änderungsvorschläge wurden jedoch auf Vorhalt der Koalitionsparteien von den Anstaltsleitungen abgeblockt - mutmaßlich, weil eine Auflockerung der Sendungsformen die Wirkungsmöglichkeiten für die konservativen Parteien und ihre Kandidaten unkalkulierbarer gemacht hätte.

Was hier im Laufe des Bundestagswahlkampfes durchgeschlagen ist, ist die offensichtliche Folge einer von den Unionsparteien gnadenlos exekutierten Parteipolitisierung von Rundfunk und Fernsehen. Die SPD muß dem entgegenwirken, indem sie ihre Arbeit in den Aufsichtsgremien besser als bisher koordiniert und dabei einen Beitrag leistet, daß künftig die Entwicklungen in den Rundfunkanstalten transparenter werden. Ein freier, unabhängiger Journalismus hat hinter den verschlossenen Türen von ARD und ZDF offensichtlich keine Zukunft, er ist ohnedies auf öffentliche Kritik und nicht nur theoretische Diskussion angewiesen. Sie sind der einzige Hebel gegen einen unverhohlenen Machtanspruch der konservativen Mehrheit bei ARD und ZDF, der im zweiten Fall in wesentlichen Sendeteilen bereits in die bedenkliche Nähe eines Regierungsfunks geführt hat.

(-/21.3.1983/ks/ca)

+ + +



Gegen das bürokratische Hickhack

Das EG-Zentrum Deutschland und Frankreich muß gestärkt werden

Von Horst Haase MdB

Die Regierung Kohl bewältigt die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft nur schlecht. Die Krise der Gemeinschaft unter dieser Präsidentschaft wird immer größer:

- Keine Einigung bei der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft. Dies heißt, das Hineinschlittern in eine automatische Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für die Europäische Gemeinschaft (EG) über die Ein-Prozent-Marke.
- Die Krise des EWS bedeutet, daß 45 Prozent unseres Exports, der in Länder des EWS geht, von der Unsicherheit des Bestandes des Währungssystems bedroht ist. Kohl sollte nicht über das vordringliche europäische Ziel der Beseitigung der Arbeitslosen reden. Diese Ursache kann sich zu einer schweren Krise für die Beschäftigung unserer Exportindustrie ausweiten.
- Die drohende Zunahme des Protektionismus - Stahl, Werften, Textil, Unterhaltungselektronik und so weiter. Die deutsche Wirtschaft kann durch fahrlässiges Verhalten der Regierung Kohl in eine den Export bedrohende schwere Krise gestürzt werden.

Beim europäischen Gipfel darf nicht über Einzelfragen gesprochen werden, es muß endlich das europäische Gesamtkonzept beschlossen werden.

Voraussetzung für eine europäische Einigung ist die deutsch-französische Verständigung in Form eines Pakets im Bereich Finanzen und Wirtschaft. Die Kooperation, die die Franzosen mit uns im Bereich neuer Technologien erstreben, muß endlich eine Antwort erhalten. Gemeinsame wirtschaftliche Anstrengungen auf Drittmarkten müssen eingeleitet und von der deutschen Regierung wie von der französischen Regierung in einem gemeinsamen Rahmen begünstigt werden. Der deutsch-französische Vertrag bietet in Artikel II, 4 die Grundlage dafür.

Das "Zentrum der EG", Deutschland und Frankreich, muß gestärkt werden. Die Vielzahl der Schwierigkeiten und Risse hat dieses Zentrum aber eher geschwächt. Die deutsche Präsidentschaft bietet doch die Möglichkeit, über das bürokratische "Hickhack" hinweg, auf höchster politischer Ebene Lösungen zu erreichen, die die oben genannten Felder betreffen. Dies muß jetzt von der Regierung Kohl erwartet werden.

(-/21.3.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, Josef Felder, hat auf der Gedenkveranstaltung der SPD im Berliner Reichstag aus Anlaß des Nein der Sozialdemokratie zum Ermächtigungsgesetz vor 50 Jahren folgende Ansprache gehalten (Teil I):

Die Schmach des 23. März 1933

Die bürgerlichen Parteien entmündigen sich selbst

Was war dem letzten Kapitel der Weimarer Demokratie vorangegangen: Ein Wahlkampf im Februar 1933 unter den härtesten und dramatischsten Voraussetzungen, die wohl jemals ein Staat mit demokratisch-parlamentarischer Verfassung zu verzeichnen hatte. Großkundgebungen der "Eisernen Front" im ganzen Reiche, Einsatz aller Mandatsträger der SPD und der freien Gewerkschaften nach der von Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Kanzler am 31. Januar 1933 veröffentlichten Erklärung:

"Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder sich gegen sie zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereit zu halten."

Dr. Kurt Schumacher fügte am 3. Februar 1933 in einer Großkundgebung der "Eisernen Front" in Augsburg hinzu:

"Wenn die Nazis uns die letzten Rechte nehmen wollen, dann müssen sie dies tun im offenen Staatsstreich. Und den brauchen wir, um unsere außerparlamentarische Aktion voll entfalten zu können."

Otto Wels, der Arbeiterführer besonderer Prägung, schon 1913 von August Bebel mit 40 Jahren in den Parteivorstand der SPD berufen, 1919 Stadtkommandant von Berlin und in dieser Eigenschaft mit republikanischer Soldatenwehr Ordner chaotischer Verhältnisse in seiner Vaterstadt, Mitglied der Nationalversammlung der Reichstage von 1920 bis 1933, litt unter der Depression, daß beim Papenputsch am 20. Juli 1932 die Abwehr der Amtsenthörung der sozialdemokratischen Preußenregierung nicht, wie gefordert, durch einen Generalstreik verhindert wurde.

Nun sprach er im Berliner Lustgarten vor über 200.000 Menschen zur Reichstagswahl und am 14. Februar schloß sich seiner Widerstandsforderung in Großkundgebungen in Hessen der Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff mit dem jubelnd aufgenommenen Hinweis an: "Bismark hat sich einst an der Arbeiterbewegung verrechnet und Hitler wird bald an dem geschlossenen Block der Arbeiterbewegung scheitern."

Laufend schwere Zusammenstöße mit SA und SS, die unsere Versammlungen, vom Reichsbanner geschützt, massiv zu stören versuchten. Nur vereinzelt in Bezirken Neigung der Kommunisten zu gemeinsamer Abwehr mit der SPD, doch mit der Forderung, sich kommunistischer Führung zu unterwerfen. Die Sowjets aber lassen unseren Friedrich Stampfer über ihre Berliner Botschaft wissen, das deutsche Volk müsse nun eben durch die Welle des Faschismus hindurch. Unsere sozialdemokratische Presse ist weitgehend verboten, der Wahlkampf wird immer schwieriger und nun brennt am 27. Februar der Deutsche Reichstag. 4.000 kommunistische Funktionäre werden sofort verhaftet, der Brand der KPD bewußt zugeschrieben und eine ungeheure Emotionswelle wird von den Nazis im ganzen Reich gestartet: "Das Brand-Fanal zeigt, daß die Bolschewisierung Deutschlands bevorsteht. Nur die starke Hand Hitlers bringt die Rettung." Der Riesenschwindel und die am 28. Februar erlassene Verordnung "zum Schutze von Volk und Staat" mit der brüskten Außerkraftsetzung aller verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Staatsbürger haben lähmende Wirkung gegen jeden Widerstand. Zwei Tage vor der Wahl veröffentlichen dann noch 300 deutsche Professoren einen Aufruf für Hitler. Sechs Millionen sind nach wie vor arbeitslos, viele hungern und verzweifeln. Und dennoch stehen am 5. März 1933 über sieben Millionen Menschen wie eine Mauer hinter der Sozialdemokratie, die nur ein Mandat verliert. Die Nazis, die die Kommunisten mit voller Berechnung wählen ließen, ihre 81 Mandate aber einfach ausschalteten und die noch restlichen Abgeordneten verhafteten, hatten nicht die ge-



wollte Reichstagsmehrheit erreicht. Hitler mußte 52 Mandate seiner deutschnationalen Steigbügelhalter in Anspruch nehmen und benötigte dann außerdem für seine aus außen- und innenpolitischen Gründen bewußt angestrebte verfassungsmäßige Legalisierung seiner Diktatur die bürgerlichen Parteien und unter ihnen entscheidend das katholische Zentrum. Ihm kam nun eine ungeheure Verantwortung zu.

Der Versuch des Zentrumsvorsitzenden Prälat Kaas, gemeinsam mit Brüning und dem christlichen Gewerkschafter Stegerwald, in einer Unterredung mit Hitler noch bestimmte rechtliche Zusicherungen zu erreichen, die dem Zentrum eine beschränkte politische Mitarbeit - etwa in Form eines Ausschusses - ermöglichen sollten, scheiterte. Einige Zugeständnisse im Blick auf den Reichsrat, die Vertretung der Länder, für christliche Konfessionen, sollten noch vor der Abstimmung im Reichstag dem Zentrum brieflich bestätigt werden. Der Brief kam nicht. Ausweise, Fahrkarten und Drucksachen hatte Reichstagspräsident Göring mit Ausnahme der Kommunisten allen Abgeordneten korrekt zustellen lassen. Ebenso die Sondereinladung für den am 21. März 1933 vorgesehenen "feierlichen Staatsakt" in der Garnisonskirche in Potsdam, dem Gottesdienste in zwei Kirchen vorausgingen.

Eine ganz willkürliche Verhaftungswelle hatte - die Abgeordneten-Immunität mißachtend - auch Mitglieder der SPD-Fraktion erreicht. So konnten mehrere Genossen nur auf Umwegen nach Berlin fahren, weil sie sich nach der "Machtergreifung" in Hessen am 6. und in Bayern am 9. März mit wechselnden Quartieren zu schützen suchten. Der ehemalige Reichsinnenminister Solimann war in Köln von den Nazis brutal niedergeschlagen worden. Er lag schwer verletzt im Krankenhaus. Zwei Kollegen waren durch unerträgliche Schikanen zu Hause zum Mandatsverzicht gezwungen worden. Eine bedrückende Situation beim Zusammentritt der Fraktion am 20. März 1933 im Reichstag. Mehrere Kollegen berichteten von schwersten Übergriffen der SA und SS in ihren Wahlkreisen, einige auch von gewissen Spannungen im Nazilager und von der Hoffnung, die Verhältnisse würden sich wohl in Kürze durch das Eingreifen der Reichswehr konsolidieren. Wir hörten von ähnlichen Illusionen auch beim Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, besonders bei den Kollegen aus überwiegend katholischen Bezirken. Zeitgewinn sei alles, hörte man beschwichtigend. Die SPD-Fraktion lehnte die in geradezu zynischer Art auch an sie ergangene Einladung zum "Staatsakt in Potsdam" ab. Sollten wir etwa Spießruten laufen? Die vereinigte deutschnational-nazistische Reaktion wußte, was es für sie bedeutete, als am 21. März vormittags die Glocken der Potsdamer Kirchen läuteten und dann der preußische Militarismus sich auf Geheiß eines Feldmarschalls einen Gefreiten zum neuen Heros erkor. Die psychologischen Auswirkungen auf teilnehmende etwa noch schwankende Abgeordnete der bürgerlichen Mitte waren einkalkuliert. Der deutschnationale protestantische Generalsuperintendent Dr. Dibelius predigte in der Garnisonskirche mit dem Hinweis auf die Augusttage von 1914 und sprach von der "zweiten Weihe des Reiches". Der Staatsakt endete mit der heuchlerischen Ergebniserklärung Hitlers vor Hindenburg und mit der Kranzniederlegung an den Särgen Wilhelms I. und Friedrichs des Großen.

Am Nachmittag des 21. März begann die konstituierende Sitzung des Reichstags, die Göring mit einigen Phrasen eröffnete. Sofort meldete sich der SPD-Abgeordnete Vogel-Franken zu Wort, um die umgehende Entlassung unserer rechtswidrig verhafteten Kollegen Finke, Fleissner, Kuhn, Dr. Marum, Maier (Baden), Puchta (Bayreuth), Seger (Dessau), Soldmann (Schweinfurt) und Wagner (Pfalz) zu fordern. Dr. Frick beantragte Überweisung an den Geschäftsordnungsausschuß. In wenigen Minuten peitschte nun Göring die Wahl des Präsidiums durch, wobei der Zentrumsabgeordnete Ersing seinen Parteifreund Esser zum 1. Vizepräsidenten vorschlug. Esser nahm an. Zentrum und Bayerische Volkspartei erhielten dann auch gnädigst noch einige Schriftführer zugebilligt. Die Sozialdemokraten waren "nicht mehr gefragt" für das Präsidium. Paul Löbe war schon in der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses niedergebrüllt und Wilhelm Hoegner nur höchst widerwillig und kurzfristig in dem ihm zustehenden Vorsitz geduldet worden. Nach einer provokatorischen "Siegesrede" verkündete dann Göring, daß der Kanzler erst am 23. März, um 14 Uhr, in der Krolloper sprechen werde. Die eintägige Sitzungspause gab den Fraktionen Gelegenheit zu intensiver Beratung ihrer Haltung zu der Vorlage der Reichsregierung, die unter dem Namen "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (Ermächtigungsgesetz) eine verfassungsgemäße Zweidrittelmehrheit erforderte. Wir beschlossen, auch am 23. März gleich bei Beginn der Sitzung die Entlassung unserer verhafteten Kollegen beschlußmäßig zu erreichen. Höhnisch sagte der Nazi-Schriftführer Stöhr, es wäre unzweckmäßig, die verhafteten Herren des Schutzes zu berauben, der ihnen durch Verhängung der Haft zuteil geworden sei.



Während der Debatte in der SPD-Fraktion hörten wir von Zentrums-Kollegen, daß der Rest des Widerstandes gegen die Diktaturvorlage im Zentrum nicht erstarben war und daß vor allem die katholischen Abgeordneten aus dem Rheinland, soweit sie nicht die industriellen Kreise, sondern die Arbeiterbevölkerung vertraten, schwere Bedenken geltend machten. Die Zentrumsfraktion einigte sich darauf, zunächst die Rede Hitlers am nächsten Tage anzuhören und dann die Entscheidung zu treffen. Der christliche Arbeitersekretär und Abgeordnete Joos, ein sehr achtbarer Mann, suchte mehrmals Verbindung mit der SPD-Fraktion. Er wies darauf hin, daß unsere Lage höchst gefährlich sei angesichts der in Berlin wachzunehmenden Ausschreitungen von SA und SS. Die Haltung der in Listenverbindungen mit der SPD gerade noch in den Reichstag gewählten fünf Demokraten (sie nannten sich jetzt Staatspartei) war am 22. März abends noch ungeklärt. Die SPD-Fraktion nahm eingehend zu einer längeren Entschließung Stellung, die einen scharfen Protest gegen den Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten enthielt. Fraktionsführer Dr. Breitscheid sammelte vor allem bei den jüngeren Abgeordneten fünfzehn Unterschriften (nach der Geschäftsordnung erforderlich) für einen Antrag ein: "Die Reichsregierung Hitler genießt nicht das Vertrauen des Deutschen Reichstags." (Das Schicksal dieses Antrags - der Verfasser hat mitunterzeichnet - ist bis heute ungeklärt. Wahrscheinlich ist die Drucksache nicht mehr an das Plenum gelangt.)

Am Abend und in der Nacht des 22. auf den 23. März 1933 randalierte die SA und SS in den Straßen Berlins und pöbelte SPD-Abgeordnete selbst in ihren Hotels an. Es war nicht mehr möglich, in bekannten Lokalen zusammenzukommen und so mußten jeweils Parolen für ein Lokal in der Friedrichstraße durchgegeben werden.

Der 23. März brach an mit allen Anzeichen eines "großen Tages". Im Tiergartenviertel, "Unter den Linden" und um das Brandenburger Tor war schon in den frühen Morgenstunden überaus lebhafter Publikumsverkehr, bei dem die braunen Uniformen und die SA-Stiefel überwiegend in Erscheinung traten. Gegen mittag mußte die Schutzpolizei schon Absperungen auf dem Gelände zwischen dem Reichstagsgebäude und der Krolloper, dem Ersatzparlament, vornehmen. Alle Fraktionen tagten mit Ausnahme der NSDAP im Reichstagsgebäude. Die SPD-Fraktion beschloß, daß alle Abgeordneten, soweit sie nicht der jüdischen Rasse wegen dem besonderen Haß der Nazis ausgesetzt sind, an der von uns geforderten namentlichen Abstimmung, die nur ein Nein beinhalten konnte, teilzunehmen haben. In einem Falle wurde ein Fraktionsmitglied telefonisch noch herbeigeholt.

In den Wandelgängen der Krolloper herrschte eine geradezu unheimliche Atmosphäre. Die Abgeordneten der Mitte und der Linken unterhielten sich nur noch im Flüsterton, während neben den Nazi-Abgeordneten eine Anzahl bewaffneter SA-Kreaturen auftauchte. Man hörte, es handle sich um besonders "verdiente" Nazi-Funktionäre aus dem ganzen Reiche, die zu dem großen parlamentarischen Schauspiel einer antiparlamentarischen Partei als Gäste geladen waren. Feine Gäste, die sich nachher im Plenarsaal neben den Sitzen der SPD-Abgeordneten gruppierten. Selbst Hugenberg, der ja zur Reichsregierung zählte, wurde bei der Eintragung in die Anwesenheitsliste nach der Beobachtung des Verfassers, so arrogant von einigen höheren SA-Führern gemustert, daß er ärgerlich den Kopf schüttelte. Sie hatten sich augenzwinkernd - auf den Minister deutend - zugeflüstert: "Den werden wir auch bald abservieren!"

Als endlich unmittelbar vor zwei Uhr nachmittags der Diktator - in Stiefeln - mit seinem Stabe eintraf und einen kurzen Blick auf die Logen in den Rängen des Theaters warf, in welchen die Botschafter und Gesandten des Auslands Platz genommen hatten, erhob sich der ganze Reichstag. Die Nazi-Fraktion brach in eine längere Ovation aus. Göring erteilte dann sofort Hitler das Wort zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes. Die braunen Gäste standen in einer Dreierreihe entlang der Sitze der SPD, machten halblaut oder zischend drohende Bemerkungen und witzelten über die Abgeordneten. Göring mußte - er sah dabei immer zuerst nach den Logen - mehrmals seinen eigenen Leuten abwinken. Zwischenrufe der SPD unterband er mit dem barschen Hinweis: "Jetzt spricht der Führer und Kanzler!"

Die Rede Hitlers war für die bürgerliche Mitte des Reichstages berechnet und gemäßigt, während er die SPD mit beißendem Zynismus und einem Katalog von Unwahrheiten behandelte. "Wir würden nicht mehr benötigt", sagte der Kanzler. Den bürgerlichen Parteien aber rief er mit erhobener Stimme zu: "Wählen Sie, meine Herren, zwischen Krieg und Frieden."



Dies war die kaum verhüllte Drohung, zur Gewalt zu greifen, wenn der Reichstag ihm die verlangte Zweidrittel-Mehrheit verweigere. Um 3 Uhr 12 Minuten wurde die Sitzung bis 6 Uhr 16 Minuten unterbrochen, die Nazifraktion stimmte das Deutschlandlied an. Es war draußen vor der Oper merkwürdig still geworden und die Fraktionen konnten zum alten Reichstag zurückwandern. Während nun beim Zentrum eine Probeabstimmung kein klares Ergebnis zeitigte (eine Reihe Nein-Stimmen), dann aber doch eine Mehrheit nach neuer Intervention von Kaas "mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft" für ein Ja votierte, zeigten sich auch bei der SPD durch Hitlers Drohungen verstärkte psychische Auswirkungen. Mittelsleute des Zentrums sagten uns, mit Nein zu stimmen, käme bei der SPD wahrscheinlich einem Selbstmord gleich. Einige Abgeordnete beantragten, den Passus in unserer Entschließung zu streichen, der unseren Protest wegen der Ausschließung der kommunistischen Kollegen enthielt. Hitler habe bei seiner Rede die KPD unter dem freudigen Beifall seiner Leute so sehr als reine Verbrecher charakterisiert, daß uns eine namentliche Verbindung im Protest nicht nur der allergrößten persönlichen Gefahr aussetze, sondern Hitler auch neue dialektische und rhetorische Möglichkeiten bei der Antwort auf Otto Wels gebe. Wir könnten den Kommunisten nicht helfen, so sehr wir die schwere Rechtsbeugung verurteilten. Außerdem gehe es jetzt nicht nur um das Leben sozialdemokratischer Abgeordneter, sondern mehr noch um das Leben der Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre draußen im Lande. Man dürfe ihre Situation nicht unnötig verschärfen, da sonst eine notwendig werdende Umstellung der Partei auf die Illegalität überhaupt nicht gelinge. Mit überwiegender Mehrheit wurde nun eine Abänderung des Entwurfs der Welsrede in den genannten Punkten beschlossen. Alle übrigen bedeutungsvollen Sätze fanden einstimmige Billigung. Aber man hatte Sorge um unseren Redner. Otto Wels widersetzte sich energisch der Meinung, es sollten weniger gefährdete jüngere Abgeordnete die Rede übernehmen. Und dann kam es noch zu heftigen Ausbrüchen als der Führer des Reichsbanner, Höltermann, die Meinung vertrat, wir würden uns in eine Falle begeben und es wäre besser mit einer großen Protestaktion (Rufe: wie denn, wo!) abzureisen. Da sprangen zwei weibliche Abgeordnete empört auf. Clara Bohm-Schuch ballte die Fäuste gegen Höltermann und die Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, Luise Schroeder, rief zornentbrannt: "Ich gehe hinüber, stimme mit Nein, auch wenn sie mich in Stücke reisen sollten. Auch Du, Genosse Höltermann, hast dabei zu sein. Dein Vorschlag ist falsch." Damit war die Geschlossenheit der Fraktion hergestellt. "Über sieben Millionen Wähler", sagte man im weiteren kollegialen Gespräch, "haben uns trotz aller Schwierigkeiten ihre Stimme gegeben. Sie erwarten, daß wir den Parlamentarismus verteidigen, so lange es geht." Ein großes solidarisches Gefühl kam auf bei den 94, die bereit waren, zur Abstimmung zu gehen.

Ein Blick aus den großen Fenstern unseres Fraktionszimmers zeigte, daß inzwischen die Nazi-Regie "wunderbar" anlief: Menschenmassen säumten plötzlich das ganze Gelände zwischen dem Reichstag und der Krolloper ein, die Polizei konnte nur mühsam eine schmale Gehbahn freihalten und schon brandeten aus rauhen Kehlen Sprechchöre zu uns herauf: "Wir wollen das Ermächtigungsgesetz, sonst gibt's Zunder!" Abgeordnete der Fraktion der Deutschnationalen, die auf dem Wege zur Krolloper zufällig vor uns gingen, wurden aus "Versehen" dann auch mit Schimpfnamen bedeckt, die den Sozialdemokraten galten: "Ihr Schuffte, Landesverräter, Bonzen!" Der Abgeordnete Wilhelm Hoegner rief einem Deutschnationalen zu: "Ja, Herr Kollege, soweit haben Sie und Ihre Fraktion es gebracht. Das können Sie nie verantworten!"

Kurz vor dem Hauptportal der Oper wurde der ehemalige preussische und Reichs-Innenminister Severing von einem Nazi-Funktionär in ein Auto gedrückt und weggefahren. Die Immunität der SPD-Abgeordneten war längst nicht mehr gewahrt, doch ordnete Göring auf Intervention Paul Löbes die Rückholung Severings an, der dann zuletzt noch an der Abstimmung teilnehmen konnte. Die gleichzeitige Verhaftung und Fesselung des Abgeordneten Dr. Leber wurde uns erst später bekannt. (-/21.3.1983/ks/ca)

+ + +

(Wir setzen die Rede Felders in der morgigen Ausgabe fort)

Verantwortlich: Willi Carl

